

Kapitel 6: Solidarität sichern



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Cathérine Lehmann (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu GSP.S-01

Von Zeile 117 bis 118 einfügen:

langfristig soll die Auszahlung in das Steuersystem integriert werden. So schaffen wir einen transparenten und einfachen sozialen Ausgleich. Verdeckte Armut wird überwunden. Das soziale Sicherungssystem (inkl. Rente, Krankenkasse etc.) sollte derartig gestaltet werden, dass dessen Finanzierung möglichst unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem in Bezug auf Wirtschaftswachstum, gestaltet ist. Wachstumsunabhängigkeit ist wichtig für ein nachhaltiges und sicheres System.

Begründung

Es ist wissenschaftlich nicht belegbar, dass ein grünes Wachstum möglich, d.h. mit den planetaren Grenzen vereinbar ist.^[1] Vor allem in Ländern wie Deutschland, in denen der global „gerechte“ Pro-Kopf-Verbrauch an Ressourcen/Umweltschäden/Emissionen seit Jahrzehnten stark überschritten wird, müsste eine extreme Effizienzsteigerung stattfinden, um Umweltschäden von Wirtschaftswachstum zu entkoppeln.^[2] Zudem ist es inzwischen gemeinhin bekannt, dass das Bruttoinlandsprodukt, welches in der Regel als Maßgröße für Wirtschaftswachstum UND Wohlstand herangezogen wird, Wohlstand nicht angemessen darstellt.^[1] Es ignoriert unter anderem die begrenzten Ressourcen des Planeten und wichtige Leistungen für das Gemeinwohl wie häusliche Pflege und Erziehung.

Zudem wird bei der Orientierung auf Wachstum gerne ignoriert, dass auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive in vielen Ländern inzwischen eine sogenannte sekuläre Stagnation stattfindet.^[3] D.h. selbst Ökonomen bezweifeln, dass endloses Wachstum möglich ist.

Es ist sehr realistisch, dass die Wirtschaftsleistung in Deutschland (und anderen reichen Ländern) schrumpfen wird, entweder aus ökonomischen Gründen oder weil die planetaren Grenzen sonst nicht eingehalten werden können. Da unsere Sozialsicherungssysteme in ihrer derzeitigen Ausgestaltung vom Wirtschaftswachstum abhängig sind, müssen wir deren Strukturen frühzeitig umgestalten, um sie wachstumsunabhängig zu machen.

Die derzeitige Wachstumsorientierung des Grundsatzprogramms widerspricht damit der im Programm geforderten Vorsorge und Resilienz.

[1] Petschow, U., Lange, S., Hofmann, D., Pissarskoi, E., aus dem Moore, N., Korfhage, T., ... Ott, H. (2018a). Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen - Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition. Verfügbar unter <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/vorsorgeorientierte-postwachstumsposition>

[2] Jackson, T. (2016). Prosperity without Growth: Foundations for the Economy of Tomorrow (2nd ed.). London: Routledge.

[3] Jackson, T. (2019). The Post-growth Challenge: Secular Stagnation, Inequality and the Limits to Growth. *Ecological Economics*, 156, 236–246. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2018.10.010>

weitere Antragsteller*innen

Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Jan Priegnitz (KV Dessau-Rosslau); Andreas Müller (KV Essen); Gerhard Gebhard (KV Odenwald-Kraichgau); Delphine Scheel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Wera Eiselt (KV Frankfurt); Kassem Taher Saleh (KV Dresden); Julia Müller (KV Krefeld); Daniel Eichhorn (KV Leipzig); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Ingrid Bäuml (KV Cochem-Zell); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Gregor Kaiser (Olpe KV); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Armin Bosserhoff (KV Odenwald-Kraichgau); Reinhard Bayer (KV Gießen); Markus Bolik (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Marc Kersten (KV Köln); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen)